

An den Grossen Gemeinderat

Winterthur

Beantwortung der Interpellation betreffend Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III für die Stadt Winterthur, eingereicht von Gemeinderat R. Kappeler (SP)

Am 19. September 2016 reichte Gemeinderat Roland Kappeler namens der SP-Fraktion mit 25 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichnern folgende Interpellation ein:

«Die eidgenössischen Räte haben in der Sommersession 2016 die Unternehmenssteuerreform III (USR III) beschlossen mit einer Revision u.a. der Gesetze über den Finanz- und Lastenausgleich, über die direkte Bundessteuer und über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden. Die Revision ist die Folge der international geforderten Aufhebung des Sonderstatus von Holding- und vergleichbaren Gesellschaften. Zum Ausgleich dieser Steuerprivilegien werden beim Bund und/oder den Kantonen neue Instrumente zur Steuerreduktion geschaffen wie die Patentbox, die Inputförderung, die zinsbereinigte Gewinnsteuer etc.

Diese Reform hat finanzielle Konsequenzen für den Bund, die Kantone und Gemeinden. Beim Bund führt die USR III in einer statischen Berechnung zu Ertragsausfällen von rund 1.3 Mrd. Franken. Die Höhe der Steuerausfälle für Kanton und Gemeinden setzt sich zusammen aus den Ausfällen, die sich direkt aus der Bundesgesetzgebung ergeben, sowie aus denjenigen, die sich durch die Umsetzung im kantonalen Recht ergeben. Am 30. Juni 2016 hat der Regierungsrat des Kantons Zürich seine Strategie für die kantonale Umsetzung präsentiert. Diese sieht neben der Einführung aller in USR III vorgesehenen Steuererleichterungen auch eine Senkung des Gewinnsteuersatzes auf 18,2 % vor. In Zürich rechnet man bei der vorgesehenen Umsetzung – unter Einbezug des erhöhten Kantonsanteils an den Bundessteuern – mit Ertragsausfällen für den Kanton und die Gemeinden von mehr als einer halben Milliarde Franken pro Jahr. Da es sich dabei um Schätzungen handelt, können die Ertragsausfälle auch höher ausfallen.

Gleichzeitig steht auf kantonaler Ebene das Abbauprogramm „Leistungsüberprüfung 16“ (LÜ 16) an, das auch auf die Gemeinden finanzielle Auswirkungen haben wird.

Ich bitte den Stadtrat, die folgenden Fragen zu beantworten:

- 1. Mit welchen jährlichen Ertragsausfällen rechnet die Stadt Winterthur infolge der vom Regierungsrat vorgeschlagenen Umsetzung der USR III?*
- 2. Wie hoch schätzt er dabei die Ertragsausfälle, die sich aufgrund der Senkung des Gewinnsteuersatzes auf 18,2% ergeben?*
- 3. Wie hoch sind die geschätzten Ertragsausfälle in Steuerfussprozenten ausgedrückt?*
- 4. Wie hat sich der Anteil Steuereinnahmen der juristischen Personen im Vergleich mit den Steuereinnahmen der natürlichen Personen in den letzten 20 Jahren entwickelt (prozentual und in absoluten Zahlen)?*
- 5. Setzt sich der Stadtrat dafür ein, dass die Stadt an der Erhöhung des Kantonsanteils bei den direkten Steuern direkt beteiligt wird?*
- 6. Wie gedenkt der Stadtrat, in seinem Budget-Antrag allfällige Ausfälle aus der USR III zu kompensieren? Denkt er an Leistungskürzungen der öffentlichen Hand und / oder an eine Anhebung der kommunalen Einkommenssteuern?*
- 7. Welche Auswirkungen erwartet der Stadtrat auf den Finanzausgleich zwischen den Gemeinden des Kantons Zürich? Muss damit gerechnet werden, dass durch Steuerausfälle bei den Gebergemeinden weniger Mittel dafür zur Verfügung stehen?»*

Der Stadtrat erteilt folgende Antwort:

Am 1. Juni 2016 haben die eidgenössischen Räte die Unternehmenssteuerreform III (USR III) verabschiedet. Das Ziel der Reform ist, die international geächteten Steuerprivilegien für Holding-, Domizil- und gemischte Gesellschaften («Statusgesellschaften») auf kantonaler Ebene (auf Bundesebene existieren diese nicht) abzuschaffen. Um den Wegzug von privilegiert besteuerten Unternehmen zu verhindern, sollen die bisherigen Sonderregelungen durch neue Möglichkeiten zur Steueroptimierung, welche international akzeptiert sind, abgelöst werden. Neben Änderungen im Steuerrecht der Unternehmen umfasst die USR III auch finanzpolitische Massnahmen des Bundes.

Gegen die USR III wurde das Referendum ergriffen. Die Referendumsabstimmung findet am 12. Februar 2017 statt.

Die Steuergesetze der Kantone sind voraussichtlich auf den 1. Januar 2019 anzupassen, soweit die Bundesvorgaben für die Kantone obligatorisch sind. Zudem können die Kantone fakultative Elemente zur weitergehenden Entlastung der Unternehmen umsetzen und zusätzlich ihre Steuersätze für die Gewinn- und Kapitalsteuer im Rahmen ihrer Tarifautonomie anpassen. Mit Beschluss vom 15. November 2016 hat der Regierungsrat die Umsetzung der USR III im kantonalen Recht festgelegt. Gemäss der kantonalen Vorlage sollen sämtliche freiwilligen Elemente der Vorlage im höchstmöglichen Umfang umgesetzt und der Gewinnsteuersatz zusätzlich um 2 Prozentpunkte gesenkt werden, woraus sich eine Reduktion der Gewinnsteuern für die juristischen Personen von 25 Prozent ergibt. Der Regierungsrat beabsichtigt damit, im Wettbewerb mit den anderen Kantonen und dem Ausland mithalten zu können. Ansonsten bestehe das Risiko, dass der Kanton nicht nur Steuererträge, sondern auch zahlreiche Arbeitsplätze verlöre. Aufgrund der besonderen Tragweite dieser Teilrevision wird derzeit eine Vernehmlassung bei den Gemeinden und den Verbänden durchgeführt. Die Vorlage wird anschliessend vom Kantonsrat beraten. Die konkreten Auswirkungen der USR III werden massgeblich durch die Umsetzungsvorlage des Kantons bestimmt. Im Fall eines Referendums wird das Zürcher Stimmvolk abschliessend über die Umsetzungsvorlage entscheiden.

Zu den einzelnen Fragen:

Zur Frage 1:

«Mit welchen jährlichen Ertragsausfällen rechnet die Stadt Winterthur infolge der vom Regierungsrat vorgeschlagenen Umsetzung der USR III?»

Der Regierungsrat hat in der Vernehmlassungsvorlage vom 15. November 2016 betreffend die Umsetzung der USR III im kantonalen Recht die erwarteten Steuerausfälle der Gemeinden des Kantons Zürich publiziert (Beilage)¹. Diese basieren auf einer Schätzung bzw. Modellrechnung der Firma Basel Economics AG (BAK-Basel). Die für die Stadt Winterthur geschätzten Ertragsausfälle belaufen sich auf 34 Millionen Franken. Die entsprechenden Schätzungen sind noch mit einer grossen Unsicherheit behaftet.

Die fehlenden Steuereinnahmen werden durch eine Erhöhung des Ressourcenausgleichs teilweise kompensiert.

¹ Die Vernehmlassungsunterlagen sind im Internet abrufbar unter:
<http://www.fd.zh.ch/internet/finanzdirektion/de/themen/finanzpolitik/unternehmenssteuerreform.html>

Zur Frage 2:

«Wie hoch schätzt er dabei die Ertragsausfälle, die sich aufgrund der Senkung des Gewinnsteuersatzes auf 18.2% ergeben?»

Gemäss der Vernehmlassungsvorlage zur Umsetzung der USR III im kantonalen Recht bezweckt der Regierungsrat, die gesamte Steuerbelastung der juristischen Personen von 21,1 auf 18,2 Prozent zu senken (Basis: Stadt Zürich). Deshalb soll der Gewinnsteuersatz der juristischen Personen von aktuell 8 Prozent auf neu 6 Prozent festgesetzt werden. Die Senkung beträgt somit 25 Prozent. Damit sollen Unternehmen im Kanton Zürich gehalten und fiskalische Anreize für Neuzuzüge von Firmen geschaffen werden, die neben den zwar reduzierten Steuererträgen die notwendigen Arbeitsplätze zur Verfügung stellen.

Berechnungen zufolge, die auf dem aktuellen Winterthurer Steuerfuss von 124 Prozent und den steuerbaren Reingewinnen der juristischen Personen von 2014 basieren, führt eine Senkung des Gewinnsteuersatzes von 8 Prozent auf 6 Prozent zu Steuerausfällen in der Höhe von rund 21 Millionen Franken. Das Risiko von Ertragsausfällen besteht auch, wenn im Fall einer Ablehnung der USR III Unternehmen den Standort Winterthur verlassen bzw. aus steuerlichen Gründen nicht nach Winterthur kommen.

Zur Frage 3:

«Wie hoch sind die geschätzten Ertragsausfälle in Steuerfussprozenten ausgedrückt?»

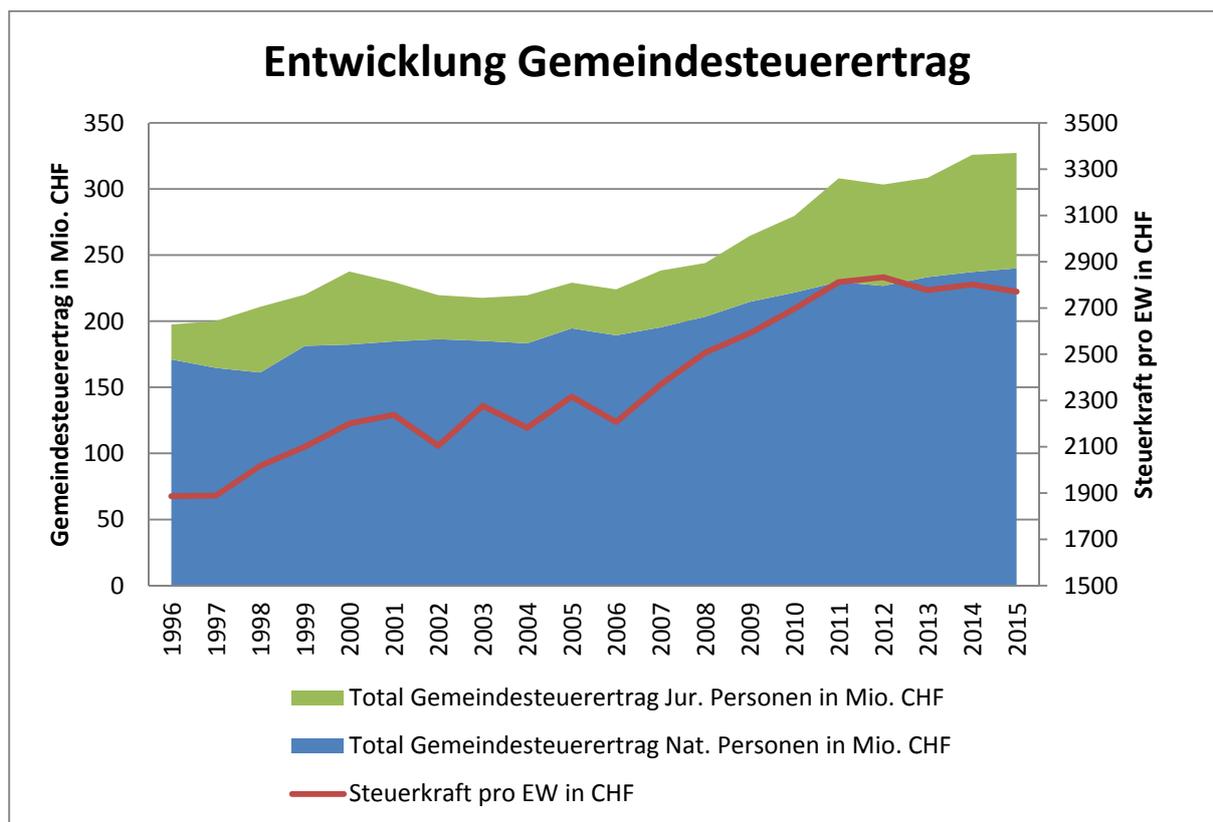
Die vom Regierungsrat in der Vernehmlassungsvorlage geschätzten Ertragsausfälle der Stadt Winterthur von rund 34 Millionen Franken würden durch die aktuell vorgesehenen erhöhten Zahlungen aus dem Ressourcenausgleich auf 16 Millionen Franken reduziert (1 Steuerprozent entspricht rund 2.8 Mio. Franken).

Zur Frage 4:

«Wie hat sich der Anteil Steuereinnahmen der juristischen Personen im Vergleich mit den Steuereinnahmen der natürlichen Personen in den letzten 20 Jahren entwickelt (prozentual und in absoluten Zahlen)?»

Seit 2007 betragen die Steuereinnahmen der juristischen Personen des laufenden Rechnungsjahres über 40 Millionen Franken und sind bis ins Jahr 2015 auf 87 Millionen Franken angestiegen. Die Gründe hierfür sind mannigfaltig; nebst der Attraktivitätssteigerung des Standorts Winterthur durch eine aktive Standortförderung sind besonders hervorzuheben, dass sich eine grosse Firma von einer Krise erholt hat und in den letzten beiden Jahren der Auflistung hohe Einmaleffekte zu verzeichnen sind. Bis 2010 lag der Anteil der Steuereinnahmen der juristischen Personen an den Gesamteinnahmen des laufenden Rechnungsjahres unter 20 Prozent. Seither tragen die juristischen Personen jeweils zu rund einem Viertel und die natürlichen Personen zu rund drei Vierteln zu den Gesamtsteuereinnahmen bei. Ein Einbruch dieser Steuereinnahmen hat somit für die Stadt Winterthur markante Auswirkungen. Wir sind also auf unsere Unternehmen in Winterthur angewiesen.

Die Entwicklung der Steuererträge der juristischen Personen, der natürlichen Personen sowie der Steuerkraft von 1996 bis 2015 sind auf der nachfolgenden Grafik ersichtlich:



Zur Frage 5:

«Setzt sich der Stadtrat dafür ein, dass die Stadt an der Erhöhung des Kantonsanteils bei den direkten Steuern direkt beteiligt wird?»

Der Bund ist bei der Verabschiedung der USR III davon ausgegangen, dass die Lasten der USR III je zur Hälfte vom Bund und von den Kantonen zu tragen sind (Opfersymmetrie). Die Mindereinnahmen aus der USR III insbesondere aufgrund der angestrebten Senkung der kantonalen Gewinnsteuersätze sollen demzufolge teilweise durch die Erhöhung des Anteils der Kantone an der direkten Bundessteuer von heute 17 Prozent auf 21,2 Prozent kompensiert werden.

Im Sinne einer ausgewogenen Verteilung der Lasten soll gemäss Regierungsrat der erhöhte Kantonsanteil von ca. 180 Millionen Franken an der direkten Bundessteuer ebenfalls ungefähr zur Hälfte dem Kanton und zur Hälfte den Gemeinden zufließen. Diese Teilung soll durch eine Erhöhung des Zuschusses des Kantons in den kantonalen Finanzausgleich erreicht werden (vgl. dazu Antwort zur Frage 7). Gemäss den Berechnungen des Kantons beträgt der zusätzliche Beitrag des Kantons an den innerkantonalen Finanzausgleich aufgrund der erwarteten Steuerausfälle der Gemeinden 70 bis 100 Millionen Franken.

Diese Form der Abgeltung der Verluste der Gemeinden ist jedoch trügerisch: die höheren Ressourcenausgleichsbeträge sind lediglich die Folgen des ordentlichen Effekts des Ressourcenausgleichs und haben keinen Zusammenhang mit den zusätzlichen Geldern, welche der Kanton vom Bund erhält. Mit diesen finanziert sich der Kanton seinen von Gesetzes wegen höheren Beitrag an den Finanzausgleich. Da der Ressourcenausgleich mit zwei Jahren Verzögerung auf Veränderungen der Steuerkraft reagiert, beabsichtigt der Regierungsrat, einen Anteil der Bundesgelder bereits ab Inkrafttreten der USR III an die Gemeinden weiterzugeben. Im Rahmen der kantonalen Vernehmlassung wird der Stadtrat zusammen mit dem

Lenkungsausschuss des Zürcher Gemeindepräsidentenverbandes beim Kanton die Forderung stellen, dass die vorgesehenen Kompensationszahlungen erheblich erhöht werden, damit die Verluste, welche den Städten und Gemeinden trotz der höheren Zahlung aus dem Ressourcenausgleich verbleiben, möglichst gering ausfallen.

Zur Frage 6:

«Wie gedenkt der Stadtrat, in seinem Budget-Antrag allfällige Ausfälle aus der USR III zu kompensieren? Denkt er an Leistungskürzungen der öffentlichen Hand und / oder an eine Anhebung der kommunalen Einkommenssteuern?»

Wird die USR III an der Volksabstimmung vom 12. Februar 2017 angenommen und entsprechend der Vernehmlassungsvorlage des Regierungsrates im kantonalen Recht umgesetzt, steht die Stadt Winterthur vor der grossen finanziellen Herausforderung, wie die – trotz steigendem Ressourcenausgleich – mutmasslich verbleibenden Einnahmefälle von rund 16 Millionen Franken zu decken sein werden. In Frage kommen hierfür weitere Sparmassnahmen oder Steuerfusserhöhungen oder eine Kombination beider Instrumente. Derzeit ist es noch zu früh, um das konkrete Vorgehen kommunizieren zu können. Der Stadtrat wird alles unternehmen, um die Steuerausfälle so gering wie möglich zu halten.

Zur Frage 7:

«Welche Auswirkungen erwartet der Stadtrat auf den Finanzausgleich zwischen den Gemeinden des Kantons Zürich? Muss damit gerechnet werden, dass durch Steuerausfälle bei den Gebergemeinden weniger Mittel dafür zur Verfügung stehen?»

Der Grundmechanismus im Ressourcenausgleich funktioniert wie folgt: Gebergemeinden zahlen in den Ressourcenausgleich ein, wenn ihre Steuerkraft 110 Prozent über dem kantonalen Mittel, welches ohne die Stadt Zürich berechnet wird, liegt. Nehmergemeinden erhalten Zuschüsse bis zu 95 Prozent des kantonalen Mittels. Durch diesen Mechanismus werden die negativen Veränderungen zwischen den Gemeinden einigermaßen geglättet.

Die Modellrechnung des Kantons ergibt folgendes Bild:

- 125 Gemeinden entrichten 43 Millionen Franken mehr in den Ressourcenausgleich
- 27 Gemeinden (ohne Stadt Zürich) werden mit 40,2 Millionen Franken entlastet
- 15 Gemeinden erfahren keine Veränderung

Wie bereits erwähnt, hat der Regierungsrat im Rahmen der Vernehmlassungsvorlage zur Umsetzung der USR III im kantonalen Recht die mutmasslichen Steuerausfälle der Gemeinden des Kantons Zürich aufgrund des Modells von BAK-Basel berechnet (Beilage).

Durch diese Mindereinnahmen wird die durchschnittliche Steuerkraft im Kanton Zürich sinken. Wesentlich ist zudem, dass die Zahlung der Stadt Zürich in den Ressourcenausgleich aufgrund ihrer grossen Verluste um mutmasslich 78,4 Mio. Franken abnehmen wird. Der Kanton wird deshalb rund 70 bis 100 Millionen Franken zusätzlich in den Finanzausgleich leisten müssen, um die Mindereinnahmen der Gemeinde zumindest teilweise über den Ressourcenausgleich zu kompensieren.

Die Berichterstattung im Grossen Gemeinderat ist der Vorsteherin des Departements Finanzen übertragen.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

M. Künzle

Der Stadtschreiber:

A. Simon

Beilage:

Auswirkungen der USR III auf die Gemeinden im Kanton Zürich gemäss Vernehmlassungsvorlage

Auswirkungen der Umsetzung der USR III gemäss Vernehmlassungsvorlage für die Gemeinden des Kantons Zürich

	(gerundet auf Fr. 10'000)		4
	Mindereinnahmen Gewinnsteuern	Entlastung Finanzausgleich	
21 Adlikon	0	-80'000	-90'000
131 Adliswil	-5'000'000	0	-5'000'000
241 Aesch	-50'000	-80'000	-120'000
1 Aeugst a.A.	-20'000	-180'000	-190'000
2 Affoltern a.A.	-550'000	-1'190'000	-1'730'000
211 Altikon	0	-80'000	-90'000
30 Andelfingen	-240'000	-50'000	-290'000
51 Bachenbülach	-350'000	-140'000	-490'000
81 Bachs	0	-90'000	-90'000
111 Bäretswil	-230'000	-390'000	-620'000
52 Bassersdorf	-670'000	-760'000	-1'430'000
297 Bauma	-740'000	70'000	-670'000
22 Benken	-10'000	-110'000	-120'000
23 Berg a.l.	0	-80'000	-80'000
242 Birmensdorf	-120'000	-700'000	-820'000
3 Bonstetten	-30'000	-660'000	-690'000
82 Boppelsen	-20'000	-110'000	-130'000
213 Brütten	-10'000	0	-10'000
112 Bubikon	-1'170'000	260'000	-900'000
24 Buch a.l.	-10'000	-110'000	-120'000
83 Buchs	-440'000	-370'000	-800'000
53 Bülach	-1'220'000	-1'310'000	-2'530'000
25 Dachsen	-20'000	-250'000	-260'000
214 Dägerlen	0	-140'000	-140'000
84 Dällikon	-740'000	250'000	-500'000
85 Dänikon	-10'000	-230'000	-240'000
215 Dättlikon	0	-90'000	-100'000
86 Dielsdorf	-560'000	-140'000	-690'000
243 Dietikon	-4'760'000	830'000	-3'930'000
54 Dietlikon	-2'650'000	120'000	-2'520'000
216 Dinhard	-10'000	-150'000	-150'000
26 Dorf	-10'000	-80'000	-90'000
191 Dübendorf	-3'960'000	590'000	-3'370'000
113 Dürnten	-120'000	-910'000	-1'030'000
192 Egg	-280'000	0	-280'000
55 Eglisau	-130'000	-550'000	-680'000
217 Elgg	-180'000	-410'000	-590'000
218 Ellikon a.d.Th.	-160'000	40'000	-120'000
219 Elsau	-620'000	110'000	-510'000
56 Embrach	-1'280'000	-10'000	-1'300'000
151 Erlenbach	-230'000	-330'000	-560'000
193 Fällanden	-1'030'000	0	-1'030'000
172 Fehraltorf	-1'040'000	220'000	-820'000
27 Feuerthalen	-210'000	-270'000	-480'000
114 Fischenthal	-30'000	-320'000	-350'000
28 Flaach	-30'000	-150'000	-180'000
29 Flurlingen	40'000	-230'000	-190'000
57 Freienstein-Teufen	-10'000	-260'000	-270'000
244 Geroldswil	-580'000	0	-580'000
58 Glattfelden	-160'000	-490'000	-650'000
115 Gossau	-160'000	-1'240'000	-1'410'000
194 Greifensee	-1'910'000	320'000	-1'590'000
116 Grüningen	-490'000	30'000	-460'000
220 Hagenbuch	-10'000	-130'000	-140'000
4 Hausen a.A.	-40'000	-430'000	-470'000
5 Hedingen	20'000	-450'000	-430'000
31 Henggart	-70'000	-230'000	-290'000
152 Herrliberg	-160'000	-470'000	-620'000

221 Hettlingen	-50'000	-320'000	-360'000
117 Hinwil	-1'850'000	330'000	-1'510'000
132 Hirzel	-120'000	-200'000	-320'000
173 Hittnau	-90'000	-400'000	-490'000
59 Hochfelden	-30'000	-240'000	-270'000
222 Hofstetten	-10'000	-60'000	-70'000
153 Hombrechtikon	-620'000	-600'000	-1'210'000
133 Horgen	-4'950'000	1'860'000	-3'090'000
60 Höri	-230'000	-140'000	-370'000
32 Humlikon	0	-70'000	-70'000
61 Hüntwangen	-10'000	-110'000	-120'000
134 Hütten	0	-130'000	-140'000
87 Hüttikon	-10'000	-90'000	-90'000
296 Illnau-Effretikon	-1'440'000	-1'030'000	-2'470'000
6 Kappel a.A.	-20'000	-100'000	-120'000
135 Kilchberg	-1'720'000	800'000	-920'000
33 Kleinandelfingen	-160'000	-110'000	-270'000
62 Kloten	-12'660'000	7'050'000	-5'600'000
7 Knonau	-60'000	-220'000	-280'000
154 Küsnacht	-1'700'000	220'000	-1'470'000
136 Langnau a.A.	-100'000	-550'000	-660'000
34 Laufen-Uhwiesen	-180'000	0	-180'000
176 Lindau	-680'000	-70'000	-750'000
63 Lufingen	-30'000	-170'000	-210'000
155 Männedorf	-1'230'000	-130'000	-1'350'000
35 Marthalen	-80'000	-180'000	-270'000
8 Maschwanden	0	-100'000	-100'000
195 Maur	-240'000	-750'000	-990'000
156 Meilen	-740'000	-630'000	-1'370'000
9 Mettmenstetten	-240'000	-300'000	-530'000
196 Mönchaltorf	-260'000	-200'000	-460'000
88 Neerach	-70'000	-230'000	-300'000
223 Neftenbach	-250'000	-420'000	-670'000
89 Niederglatt	-250'000	-360'000	-610'000
90 Niederhasli	-560'000	-660'000	-1'210'000
91 Niederweningen	-890'000	0	-890'000
64 Nürensdorf	-100'000	0	-100'000
65 Oberembrach	-30'000	-130'000	-160'000
245 Oberengstringen	-110'000	-720'000	-830'000
92 Oberglatt	-190'000	-790'000	-980'000
137 Oberrieden	-210'000	-310'000	-520'000
36 Oberstammheim	-50'000	-120'000	-170'000
93 Oberweningen	-10'000	-220'000	-230'000
10 Obfelden	-120'000	-580'000	-700'000
246 Oetwil a.d.L.	-20'000	0	-20'000
157 Oetwil a.S.	-840'000	180'000	-660'000
66 Opfikon	-2'730'000	0	-2'730'000
37 Ossingen	-30'000	-180'000	-210'000
94 Otelfingen	-680'000	350'000	-330'000
11 Ottenbach	-40'000	-290'000	-330'000
177 Pfäffikon	-790'000	-600'000	-1'390'000
224 Pfungen	-470'000	0	-470'000
67 Rafz	-160'000	-420'000	-580'000
95 Regensberg	-10'000	-50'000	-60'000
96 Regensdorf	-3'950'000	1'580'000	-2'370'000
38 Rheinau	-30'000	-170'000	-200'000
138 Richterswil	-450'000	-1'190'000	-1'640'000
225 Rickenbach	-50'000	-270'000	-320'000
12 Rifferswil	-10'000	-130'000	-140'000
68 Rorbas	-20'000	-320'000	-340'000
97 Rümlang	-1'950'000	980'000	-980'000
139 Rüschlikon	-640'000	70'000	-570'000
178 Russikon	-50'000	-530'000	-570'000
118 Rüti	-360'000	-1'320'000	-1'680'000
226 Schlatt	0	-110'000	-110'000

98 Schleinikon	-10'000	-90'000	-100'000
247 Schlieren	-5'900'000	3'430'000	-2'470'000
99 Schöfflisdorf	-10'000	-160'000	-180'000
140 Schönenberg	-50'000	-210'000	-260'000
197 Schwerzenbach	-760'000	170'000	-580'000
119 Seegräben	-60'000	-130'000	-200'000
227 Seuzach	-440'000	0	-440'000
100 Stadel	-20'000	-270'000	-290'000
158 Stäfa	-1'400'000	-270'000	-1'670'000
13 Stallikon	-60'000	0	-60'000
101 Steinmaur	-70'000	-360'000	-430'000
39 Thalheim a.d.Th.	-30'000	-90'000	-120'000
141 Thalwil	-930'000	-900'000	-1'830'000
40 Trüllikon	-20'000	-120'000	-140'000
41 Truttikon	0	-70'000	-70'000
228 Turbenthal	-160'000	-490'000	-650'000
159 Uetikon a.S.	-100'000	-500'000	-600'000
248 Uitikon	-70'000	-320'000	-390'000
249 Unterengstringen	-130'000	-260'000	-390'000
42 Unterstammheim	-90'000	-50'000	-130'000
250 Urdorf	-2'150'000	780'000	-1'370'000
198 Uster	-2'870'000	-1'530'000	-4'400'000
43 Volken	0	-50'000	-50'000
199 Volketswil	-3'410'000	1'300'000	-2'110'000
142 Wädenswil	-1'630'000	-1'030'000	-2'670'000
120 Wald	-460'000	-920'000	-1'370'000
69 Wallisellen	-3'620'000	1'040'000	-2'580'000
44 Waltalingen	-20'000	-80'000	-100'000
200 Wangen-Brüttisellen	-1'540'000	0	-1'540'000
70 Wasterkingen	0	-70'000	-70'000
102 Weiach	-180'000	50'000	-130'000
251 Weiningen	-320'000	-190'000	-520'000
180 Weisslingen	-150'000	-240'000	-400'000
14 Wettswil a.A.	-70'000	-400'000	-470'000
121 Wetzikon	-2'560'000	-790'000	-3'350'000
298 Wiesendangen	-60'000	-580'000	-640'000
71 Wil	-170'000	10'000	-170'000
181 Wila	-50'000	-240'000	-290'000
182 Wildberg	-40'000	-100'000	-140'000
72 Winkel	-140'000	-280'000	-420'000
230 Winterthur	-33'990'000	18'250'000	-15'740'000
231 Zell	-70'000	-770'000	-840'000
161 Zollikon	-1'190'000	-210'000	-1'400'000
160 Zumikon	-290'000	-260'000	-540'000
261 Zürich	-200'210'000	78'390'000	-121'830'000

Mindereinnahmen Gewinnsteuern gemäss Schätzungen von BAKBasel (Variante mittlere Ausprägung), Entlastung Finanzausgleich gemäss Berechnungen des Gemeindeamtes